



An den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt Peter Feldmann
An den Magistrat der Stadt Frankfurt
An die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt

Kontakt:
facebook/seebrueckefrankfurt
mail: frankfurt@seebruecke.org
twitter: @seebrueckeffm

Sehr geehrte Damen und Herren,

mehr als 1500 Menschen sind in diesem Jahr bereits im Mittelmeer ertrunken, 850 allein in den Monaten Juni und Juli. Gleichzeitig setzen die Regierungen in Deutschland und den meisten europäischen Staaten alles daran, die Festung Europa auszubauen und die fliehenden Menschen ihrem tödlichen Schicksal zu überlassen. Im Zuge dieser menschenverachtenden Politik werden zivile Seenot-Rettungsschiffe festgesetzt und am Auslaufen gehindert, sowie deren Besatzungen kriminalisiert.

Immer mehr Menschen gehen bundesweit gegen das Sterben im Mittelmeer und das Nichtstun der Regierenden auf die Straße, um Solidarität und Menschlichkeit einzufordern.

Auch mehrere Städte und Kommunen in Deutschland und Europa haben mittlerweile ihre Bereitschaft erklärt, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. So sind es zum Beispiel die Städte Berlin, Köln, Bonn, Düsseldorf, Bielefeld, Palermo, Barcelona und Neapel die eine Bereitschaft zur Aufnahme Geflüchteter erklärt haben. Sie setzen damit ein Zeichen für Humanität, Menschenrechte und das Recht auf Asyl. Als Städte wollen sie Integration und Zusammenleben gestalten.

Als Bürger*innen dieser Stadt rufen wir den Oberbürgermeister, den Magistrat und die Stadtverordneten auf, dem guten Beispiel anderer Städte zu folgen und umgehend zu handeln.

Wir fordern die Stadt Frankfurt a. M. auf, ebenso Verantwortung zu übernehmen und zu beschließen, dass Frankfurt eine sichere Hafenstadt wird und sich bedingungslos zur Aufnahme von geretteten Menschen aus dem Mittelmeer bereit erklärt.

Das Recht auf Leben ist nicht verhandelbar und darf nicht der Grenzsicherung untergeordnet werden.

Frankfurt hat als weltoffene, internationale und europäische Stadt eine besondere Verantwortung.

Wir wollen eine solidarische Stadt Frankfurt, in der allen Menschen elementare Bürger*innenrechte und Zugang zu sozialen Dienstleistungen garantiert werden. Eine solidarische Stadt sein bedeutet, dass alle, die hier ankommen und leben, das Recht auf menschenwürdiges Wohnen, eine kostenlose medizinische Versorgung, Zugang zu Arbeit und Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Um wirklich teilzuhaben und Teil zu sein, müssen sich Menschen frei bewegen können und sollten in keiner Situation nach ihrem Aufenthaltsstatus beurteilt und erfasst werden.

**Wir fordern die öffentliche Übergabe des Briefes an die oben genannten Vertreter*innen.
Den Forderungen des Briefes verleihen wir am 17. Und 18.09., anlässlich des Besuches von
Horst Seehofer, auf der Straße Nachdruck.**

Dieser Aufruf wird getragen von der Seebrücke Frankfurt und folgenden Verbänden, Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen.